

Abänderung der deutschen Note notwendig. Die Ende 1922 usw. die vertragmäßig vorgesehene Festlegung und Ratifizierung von Waffen und Munition zu 95 v. S. erfolgt. Damit war die Erfüllung in allen ihren Kernpunkten durchgeföhrt. Es blieben nur gewisse Restpunkte nicht erledigt, bei denen es sich um Ausnahmefälle handelte.

Es ist obenwähnt, daß die Erfüllung Deutschlands auch heute noch einen militärischen Nachfolger bedürfte, der bei der Verteilung der internationalen Zone irgendwem ins Gewicht fielen. Der Gedanke ist, ein Volk bekannt. Deutschland besitzt keine schwere Artillerie, keine Tanks, keine militärische Luftflotte. Es fehlt ihm jede Reserve an Material und Munition. Der Bestand an ausgebildeten Mannschaften wird von Jahr zu Jahr geringer. Deutschland hat keine Kriegsmarine und keine Luftflotte. Man muß bedenken, um neue Mannschaften militärisch auszubilden und noch viel länger daran, um eine selbst noch einwirkende Friedensindustrie auf die Bedürfnisse des Krieges umzustellen.

Bei Deutschlands geographischer Lage und bei der militärischen Größe seiner Nachbarn war ein Recht längt in seinen Ungunsten entschieden, es eine Volkstrost und seine industrielle Kraft wirksam werden lassen konnte.

Es kann vom deutschen Volke — führte Graf Bernstorff weiter aus — nicht anders als mit Ehrlichkeit empfunden werden, wenn man die legal durchgeführten Entschuldigungsverpflichtungen in ihrer außerordentlichen Tragweite erkennen oder sogar so weit geht, Deutschland seine Verantwortung vorzuerkennen, die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegt ist, und daß man friedliche Wiederherstellung als Argument gegen ausnützt. Die für einen immer wieder auf den Gedanken kommen, daß der Versailler Vertrag ein Vertrag der Schwächlinge ist, der Beginn der allgemeinen Abwertung ist. Wir können auch nicht zugeben, daß die vorbereitende Abklärungskommission lediglich dazu da sei, eines Tages die zwischen den Staaten bereits direkt erzielte Übereinstimmung zu registrieren. Es ist die Zweck, diese Übereinstimmung herbeizuföhren. Selbstverständlich sollten unsere Vertreter keineswegs in schwächende diplomatische Verhandlungen mit einem einzigen Staat auf den man mit dem politischen Willen zu wirksamen Maßnahmen aus das große Problem herangeht, und gerade wir hätten gewünscht, diesen politischen Willen mit Recht und Gerechtigkeit in der Resolution der 9. Vollversammlung ausgedrückt zu sehen. Man sollte nur einmal die zahlreichen Resolutionen der Bundesversammlungen aus den letzten Jahren hintereinander abdrucken und man würde ein seltsames Bild vor sich haben. Man würde sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Man sollte sich nicht vorstellen, daß die Weltgeschichte nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern daß sie in die Welt der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist.

Reichsaufbau und Selbstverwaltung

Das Parlament der Städte

Concediert der „Börsigen Zeitung“

Die Aula der Reichstagen beschloß, was bis auf den letzten Tag geföhrt, als Oberpräsidenten die Städte heute werden die Erfüllung des Deutschen Städtegesetzes erstreiten. Von der Regierung sind erschienen der Reichsjustizminister Koch, der Reichsminister für Ernährung und der preussische Innenminister Graf Helldorf.

Einem Referat über „Reichsaufbau und Selbstverwaltung“ vermachte der Präsident des Deutschen Städtegesetzes Dr. Wüster zunächst auf das programmatische Element, das die Städte im Vorhinein in Würdigung zum einseitigen Reichsaufbau bringen. Die Kommission für den Städteaufbau hat heute die Errichtung einer Kommunalabteilung im Reichsinnenministerium, die Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses im Reichstag und eine ausreichende Vertretung im Reichswirtschaftsrat.

Es gibt ein Verzeichnis in der Richtung auf ein einheitliches Reich. Das ist die wichtigste kommunalpolitische Aufgabe der Gegenwart. Es muß das Ziel veranlassungsübergreifend festgelegt sein, die Städte im Reich zu vereinigen, die Städte nicht nur durch eine große kommunalpolitische Kommission mit einem Schlichter zu erreichen, sondern durch einseitig vorzubereiten durch eine einheitliche Regelung der Grundzüge der öffentlichen Verwaltung bei weitgehender Selbstverwaltung in den regionalen und gemeindefähigen Bezirken.

Dem Reichstage liegt die Aufgabe besonders ob, die Schäden, welche der Bevölkerung und Wirtschaft aus derzeitigen Landes- und Gemeindegrenzen erwachsen, zu beheben. Die Regelung des Städteaufbaus und der Zusammenfassung aller Aufgaben kommunalpolitischer Städte ist zu einem Reichsaufbau wichtiger ist eine neue Verwaltungsorganisation der Städte und Kreise zur Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung. 1948 Städte- und Landkreise im Deutschen Reich sind zu bilden. Nur auf Gebietserweiterungen, die für ihre Aufgabe ausreichend leistungsfähig sind, kann sich ein einheitlicher Reichsaufbau gründen.

Die jetzige Zerstückelung der Zukunftsgemeinden macht die Notwendigkeit einer Zukunftsgemeindenorganisation von Reichs wegen als Voraussetzung eines einheitlichen Reichsaufbaus erforderlich. Ein solcher Bedarf vor allem das Gebiet der lokalen und der kulturellen Aufgaben. Hier werden dem Reich wichtige Aufgaben — so auf dem Schulgebiet — zusammen sein, um ein einheitliches Staatsbewußtsein zu pflegen und den kulturellen Aufstieg der breiten Schichten der Bevölkerung zu fördern.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden bei der kommunalen Wirtschaft neben der privaten Wirtschaft auf einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor der deutschen Staatswirtschaft werden lassen. Die Lösung ist ein Verwaltungsorgan nicht gebildet ist. Das kommunale Grundrecht der Innerstaatlichkeit der Zukunftsgemeinde auf wirtschaftlichem Gebiet darf nicht in einzelnen Gebieten durchbrochen werden. Die Kernfragen des modernen Staates, Recht- und Wirtschaftsfragen können nur unter Führung des Reiches von Ländern und Gemeinden gelöst werden. Die einheitliche Regelung der Aufgaben durch das Reich wird ihre Zusammenfassung finden in einer Reichsbehörde, wie sie von Städteaufbau und Reichsaufbau werden ist. Einen Entwurf dazu wird die Kommission dem Reichstag vorlegen.

Reichsminister für Ernährung übertrug dem dem Städteaufbau die Größe der Reichsregierung und teilte unter lebhaftem Beifall mit, daß er in seinem Ministerium eine kommunale Abteilung einrichten werde, wie die Städteaufbau für fordert. Eine solche Abteilung ist so wichtig, daß sie selbst bei einem Wiedereintritt des Reichstages der Reichsregierung geschaffen werden müßte. Es dürfte nicht mehr vorzuziehen, daß wichtige Gesetze erlassen werden, die den Lebenswerten der Gemeinden berühren, ohne daß mit ihnen vorher sorgfältig Prüfung genommen werden ist. Auch eine Zentralisierung der Kulturpflege wird im Reichsinnenministerium vorgenommen werden, wie der Redner etwas ironisch hinzufügte: „unter Berücksichtigung der Eigenart der Länder“. Erweitert nach lebhaftem Beifall, als er zum Schluß der Sitzung ausred, daß bis zum 100. Geburtstag

des Freiherrn v. Stein im Juni 1931 die Reichs- und Städteverfassung aus dem Stadium der Erröterungen herausgenommen und zur Ausführung gebracht sei.

Gratzinski über die preussische Verwaltungsreform

Der preussische Innenminister Graf Helldorf eröffnete am 28. Oktober 1922 an. Mit einer Rede über die preussische Verwaltungsreform auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Betätigung einzuweisen. „Die Verengung unserer Bevölkerung und gerade bei arbeitenden Bevölkerung auf wirtschaftlichen Gebieten der Bevölkerung und Kultur würde nicht annehmbar den jetzigen Stand erreicht haben, wenn auf diesen Gebieten die freie Initiative der kommunalen Selbstverwaltung gekennnt worden müßte.“ Unabhängig vom Reichsfinanzgesetz soll vor ihm in Preußen an Stelle der bisher unzureichenden Regelung ein neuer kommunaler Gesetz ausgearbeitet werden.

Der Minister erklärte dann, daß die kommende Legislaturperiode unter dem Zeichen der preussischen Verwaltungsreform stehen werde. Die Beschränkung nicht notwendig, welche als ein Schrittmaß der Verwaltungsreform angesehen zu werden, aber sie nicht für weitere Umfassungen vorzubereiten. Der Minister hofft, daß die Preussische Staatsregierung über die grundsätzlichen Fragen der Verwaltungsreform in kürzester Zeit Bescheid wissen wird, so daß dann die Objektive fertiggestellt werden können.

Bei dieser Verwaltungsreform soll das Verhältnis des Staates zu den Gemeinden in verschiedenen Richtungen modifiziert werden. Zunächst ist eine wirtschaftliche Organisation der Verwaltung der Staatsverwaltung zu schaffen. Die Minister wird hierbei vor allem an die Polizei, soweit sie Wohlfahrtsaufgaben zu erfüllen hat, die Gemeindeverfassungsgesetze, die ein Kernstück der Verwaltungsreform sein müssen, wesentlich anders als bisher behandelt werden. „Sehr vieles von dem“, erklärt der Minister, „was jetzt in Drogenen von Parlamenten her, kann der öffentlichen Regelung, der Selbstverwaltung, der Verwaltung überlassen werden.“ Unabhängig vom Reichsfinanzgesetz soll vor ihm in Preußen an Stelle der bisher unzureichenden Regelung ein neuer kommunaler Gesetz ausgearbeitet werden.

Ein organisches Problem der Zukunft liegt der Minister in der Dezentralisierung der großstädtischen Verwaltung, das im Interesse der Entlastung der Großstädte erforderlich ist. Größtstädte, so meint er, die nicht organisch zusammengefaßt sind, fehlt oft die Bedeutung einer öffentlichen Gemeindefähigkeit. Um sie ihnen zu geben, müssen die von der Dezentralisierung befreiten, wie man dies jetzt bei dem Gesetz in Preußen zu sehen ist, die Staatsbürgerschaft zu befreit der Minister, eine reinen Verwaltungsgebiete geschaffen werden, die den lebendigen Mitarbeitern einer heimatsbewussten Bevölkerung entsprechen.“

Der Minister geht dann auf die Fragen der kommunalen Neugliederung ein und erklärt, er könne es nicht billigen, daß Landkreise und kreisangehörige Gemeinden als Gemeindefähigkeit in der Rechts angefaßt werden, die ohne weiteres großstädtischen Erweiterungsansprüchen zu weichen hätten.

Gratzinski meinet noch bis dann gegen das automatische Ausschließen der Gemeinden aus dem Kreis, auf das sie jetzt nach dem Erreichen einer bestimmten Einwohnerzahl ein unbefristetes Anrecht besitzen. Er hält diese Regelung für unvereinbar mit der grundsätzlichen Anforderung über die Bedeutung der Veränderung von Gemeindefähigkeit und erklärt, daß Gemeindefähigkeit nur aus Gründen des öffentlichen Wohls und nur durch Gesetz geändert werden dürfen. Bei dieser Gelegenheit hat er den Begriff des sogenannten Großkreises ab. Hierbei handelte es sich um ein nichts anderes als was, was bereits in dem Entwurf der neuen Kreisordnung über die sogenannte Komplexion im Plan gehalten habe, manach der Kreis für solche Aufgaben, die nur von ihm gelöst werden können, allein zuständig ist. Eine solche Komplexion des Kreises auf Gebieten, die eine gesonderte öffentliche Verwaltung besitzen, wie das bei den benachbarten Großstädten nur Bortelle.

Amerikas Teilnahme an den Dawes-Verhandlungen

Concediert der „Börsigen Zeitung“

Das Staatsdepartement wurde gestern unter Leitung des Reichs, daß auf einen einzelnen Grund, Amerika müge an einer kommenden Konferenz über die Abänderung des Dawesplans teilnehmen, ernsthafte Erwägung anstellen werden. Dieser ist aber ein solcher Grund nicht eingegangen. Amerika ist an einer solchen Konferenz schon mehrfach interessiert, weil die, wie der Botschafter am dem Dawesplan erhielt und weil für jede Abänderung des Plans seine Zustimmung notwendig ist.

Die sozialdemokratische Parole

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei gibt in dem Auftrag folgende Parole aus: „Seine Eintragung in das durch und durch unzuverlässige Volksbegehren der Kommunistischen Partei!“

Mitteilungen zum Stillstand bringt. Zu diesem Zwecke hätte Frankreich ebenfalls beizutragen, denn seine heutigen Abstände sind nicht weniger als die der anderen Nationen. Die französische Regierung hätte Maßnahmen zu ergreifen, um die Verdrängung um auf 45 Prozent des Ertrages vor dem Reize zu steigern. Die Abklärungskommission heute einberufen, um ein neues höheres Niveau entgegenzusetzen zu lassen, habe einen neuen Kurs zu beschließen.

Die Rede Paul-Boncour, der in seiner bekannten theoretischen Art gesprochen hatte, fand harten Beifall.

Washingtons Antwort-Note

Concediert der „Börsigen Zeitung“

Washington, 28. September. Die amerikanische Antwortnote auf den englisch-französischen Forderungsumsatz wird schließlich in der zweiten Wochenhälfte nach London und Paris abgehen. Die Amerikaner wollen das Dokument sorgfältig durchlesen, weil sie den Engländern und Franzosen keine Möglichkeit geben dürfen, ein etwaiges Schreiben der Genfer vorbereitenden Abklärungskommission den Amerikanern in die Schuhe zu schieben. Es wird ihnen die Forderung stellen, den Notenwechsel endlich zu veröffentlichen, da die amerikanische Öffentlichkeit über die Vorgänge nicht länger im unklaren stehen dürfe.

Edwin R. James, der europäische Hauptvertreter der „New York Times“, der die Stelle von Paris nach London mit Cuffey und Baldwin zusammen gemacht hat, lobt seinen Platz, er wisse jetzt von höherer autoritativer Stelle, daß England den

